

# Max Holz im Hungerstreik

Am 1. Oktober ist Max Holz in den Hungerstreik eingetreten. Seine beschleunigten Forderungen auf Zuziehung eines Privat- arztes (wegen rheumatischer Leiden und Haarrückbildung) und auf Abschaffung des Schichtsystems zur Beseitigung seines Leidens, ebenso seine Beschwerde wegen schlechten Essens sind zurzeit gemittelt worden.

Wenige Kilometer von der polnischen Grenze entfernt liegt in einer niedrigen Landschaft die Stadt das Justizhaus Groß-Sirehlin. Die Insassen dieses Justizhauses sind vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Kein menschlicher Laut, kein Kinderlachen dringt in ihre Einsamkeit. Dieses Justizhaus er- schien der deutschen Justiz am geeignetsten als Anstalt für den revolutionären Vorkämpfer Max Holz.

Während seiner 3½-jährigen Justizstrafe ist es das bitterste, daß man ihn von einer Zwingburg in die andere schleppte.

Seit einem Jahre in Groß-Sirehlin, ist er einem unglaublich verhärteten, brutalen Strafvolk ausgesetzt. Fast jeder kriminelle Verbrecher genießt eine bessere Behandlung, wie der politi- sche Gefangene Max Holz.

Man scheute sich nicht, ihm selbst die Luft und das Licht zu rauben, indem man ihm eine Zelle mit dem Fenster zumerte und er Tag und Nacht bei künstlichem Licht in seinem Käfig unter strengster Bewachung sich aufhalten mußte. Außerdem entzog man ihm plötzlich seine eigenen Bücher und wollte ihn zur Gefängnisarbeit zwingen. Diese beiden Schlägen entbehren jeder Begründung durch etwaiges widerliches Verhalten gegen die Gefängnisverwaltung seitens Max Holz, sie waren lediglich ein Akt der Willkür seitens der Gefängnisverwaltung. Sein Gesundheitszustand ist der denkbar schlechteste, er leidet seit Jahren an schwerem Rheumatismus. In Breslau durfte er während sein eigenes Schwimmbad gegen dieses Leiden benutzen, welches ihm immer die größte Erleichterung gegen die unerträglichen Schmerzen brachte. In Groß-Sirehlin hingegen entzog man ihm sofort und entzieht ihm noch heute dieses Mittel zur Erhaltung seiner Gesundheit. Der Gefängnisarzt bezeichnet die rheumati- schen Schwellungen am Körper von Max Holz höchlich als freit- postig. Zu allen diesen Umständen kommt noch das sehr schlechte

Essen und die strikte Verweigerung der Dinaussetzung eines objektiven Privatarztes.

Alle diese Schikane trieben Max Holz zu dem vermittelten Schritt, ab 1. Oktober gegen die Justizbehörden und Justizhaus- verwaltung in den Hungerstreik zu treten.

Es ist demerckenswert, daß diese Schikane im Justizhaus gar- gerade jetzt so häßlich und verhärtet, seitdem bis weit in die Kreise der Intellektuellen und Bürger die Erkenntnis gedrungen ist, daß gegen Max Holz ein offener Justizmord begangen ist. (Die juristische Begründung dieses Fehlurteils und die neuesten Ermittlungen, die Holz' Unschuld bewiesen, werden wir dem- nächst in einem der nächsten Artikel der Arbeiterzeitung be- sprechen.)

Arbeiter, wollt ihr es dulden, daß jetzt in diesen Tagen Max Holz zugrunde gerichtet wird? Nein! wird der laienbische Schrei von euch erklingen. Nun gut — an euch liegt es, über das Wohl und Wehe dieses unglücklichen Arbeiters zu wachen. Für euch und eure Kinder, für das gesamte Proletariat ist er ins Justizhaus gegangen, und eure Pflicht ist jetzt, durch unablässigen Protest an die Verantwortlichen, Justizmini- sterium und Justizhausverwaltung die Massen zu mobilisieren für die Forderungen: Wiederaufnahmeverfahren für Max Holz, Erfüllung aller seiner berechtigten Forderungen, Frei- lassung aller politischen Gefangenen!

Zürgens — der brutale Kommunistenverfolger und Ver- sicherungsschwärmer — genießt alle Vergünstigungen, Gemein- dener werden freigelassen, die proletarischen politischen Gefangenen aber lassen zermürbt werden.

Unterstützt Max Holz' Kampf gegen die Justizhaus- und Justizbehörden. Fordert die Erfüllung seiner Forderungen — fordert das Wiederaufnahmeverfahren!

Demonstriert für die Freilassung dieses aufrichtigen Arbeit- kämpfers! Besucht in Massen die vom 6. bis 13. Oktober statt- findenden Arbeiterversammlungen der Roten Hilfe, in denen die Frau des Genossen Max Holz über die deutsche Justizscham und den Fall Holz sprechen wird.

Heraus mit Max Holz! — Freiheit für alle poli- tischen politischen Gefangenen!

Während die Sektionskommission der organisierten Hafenarbeiter einstimmig den Kampf beschloß und eine Streik- leitung aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteiführern wählte, während 18.000 Hafenarbeiter wie ein Mann die Arbeit niederlegten, wollten sich die Führer des Verkehrs- bundes auf die Seite der Bourgeoisie, empfahlen die pro- letarische Verbindlichkeitsklärung zur Annahme und ver- weigerten die Sektionskommission die Verantwortung für alle Streikschäden zur finanziellen Verantwortung gezogen werden könnten, lehnte die Sektionsleitung der Hafenarbeiter die Führung des Kampfes ab und ließ damit im entscheidenden Moment 18.000 Streikende im Stich. Dieses Verhalten ent- spricht vollkommen der Linie der reformistischen Gewerkschaft- leitungen und der Politik der sozialdemokratischen Führer.

Die überfüllte Streikversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter richtete die Aufforderung an die politischen Arbeiterparteien, alle Maßnahmen zu ergreifen, die der Arbeiterkraft das Streikrecht sichern und es künftig un- möglich machen, daß ihren Organisationen bei der Durchführung des Streikes Fesseln angelegt werden können. Im Einklang mit diesem Beschluß hat die kommunistische Partei bereits die Initiative ergriffen, um die Einheitsfront der gan- zen Arbeiterschaft für die Forderungen der Hafenarbeiter und für die Verteidigung des bedrohten Koalitionsrechts zu fördern.

Auf den treuen Vorstoß der Unternehmer, auf den Eingriff der Reichsregierung, auf den Raub der elementarsten Arbeiter- rechte muß die einheitliche, einheitliche Aktion des Proletariats die Antwort geben. Die Arbeit- er müssen an der Seite der Hafenarbeiter erneut gegen den elenden Schiedsgericht in den Kampf treten, der auch gegen sie gefällt wurde. Die Verkehrsarbeiter, die heute in der Arbeitsunterbrechung entscheiden, müssen sich der Bewegung an- schließen. Alle Sektionsleiter Deutschlands müssen aktiv an dem Kampf der Hamburger Arbeiter teilnehmen. Das ge- samte deutsche Proletariat muß den Streik der Hafenarbeiter mit finanziellen und anderen Mitteln unterstützen.

Die Hamburger Hafenarbeiter stehen in einem schweren, ersten Kampf. Sie sind der Vorposten des Gesamtproletariats. Ihr Streik ist seit zwei Jahren das erste, größte Bor- ge- fecht gegen die Ausbeuterherrschaft der deutschen Bourgeoisie. Durch die Festigkeit ihrer Front, durch die Unterstützung der ganzen Arbeiterschaft müssen die Hafenarbeiter den Sieg erringen!

## Bürgerblut und Koalitionspolitik

Der Landesbürgererrat erläßt in den bürgerlichen Zeitungen erneut eine Proklamation, in der er mitteilt, daß die Be- mühungen um die Einheitsfront zwar gescheitert seien, er fordert jedoch die bürgerlichen Parteien erneut zum Zusammenschluß auf und fordert die Unterdrückung der Spitzparteien und die Bekämpfung der Seimverhältnisse. Sein Ziel ist, wie es in der Proklamation heißt: eine bürgerliche Mehrheit im Sächsischen Landtag herzustellen. Die Volkspartei erläßt zwei große Gegen- erklärungen, in denen sie mitteilt, daß die Erstellung der Ein- heitsfront von dem Bürgererrat davon abhängig gemacht werden sollte, daß die an derselben beteiligten Parteien auf eine Mit- arbeit mit der Sozialdemokratie verzichten sollten. Die Volkspartei lehnt eine solche Erklärung ab. In der Proklamation der Volkspartei heißt es: daß eine solche Bindung die Zer- störung des mächtigsten und schließlichen in Sächsischen Landtag des letzten Jahre" bedeute. Die Volkspartei löst in ihrer Proklamation die Frage, ob sie nur mit den KSPS-Leuten oder auch mit den linken Sozialdemokraten eine Regierung zu bilden gewillt ist, offen. Es ist also anzunehmen, daß diese Stellung- nahme das verschiebteste Angebot auch an die linken Sozialdemo- kraten zur gemeinsamen Regierungsbildung darstellt. Damit würde die schon einmal von der „Sächsl. Staatszeitung" heraus- gegebene Aufforderung an die Sozialdemokraten von der Deutschen Volkspartei unterdrückt. Die Tendenz dieser Er- klärung ist ganz klar. Die bürgerlichen Parteien wissen, daß ihre bisherigen Helfer, die KSPS-Leute, nur noch ganz wenig Fortschritt im nächsten Landtag haben werden und daß sie mit diesen dann keine Regierung bilden können. Die Sozialdemo- kraten müssen unbedingt zur Regierungsbildung herangezogen werden. Es bleibt nur die eine Wahl, entweder die KSPS- Leute müssen, falls sie mit einigen Randparten ausschlaggebend werden sollten, eine Regierung von den Nationalisten bis zu der KSPS unterstützen, oder die Arzt und Liebmann müssen eine Regierung mit KSPS, Demokraten und Volkspartei bilden. Auf jeden Fall muß man die SPD heranziehen, denn eine bürgerliche Mehrheit wird in Sachen nicht zustande kommen. Die linken Sozialdemokraten weichen nach wie vor einer klaren Stellungnahme aus; die SPD hat ihre Stellung mehrfach be- tonnt gegeben. Erst in ihrem am Donnerstag erschienenen Wahlaufruf hat sie erneut ihre Unterstützung einer Minder- heitsregierung der Sozialdemokraten zugesagt. An der Arbeit- erschaft Sachsens wird es liegen, zu verhindern, daß erneut eine handhabbare Koalitionspolitik geübt wird. Die Arbeiterschaft Sachsens muß aber auch verhindern, daß die sogenannten Linken in das Lager des Bürgertums übergehen.

Es muß ein rotes Sachsen geschaffen werden!

## Die Wirtschaftskrise

Auf dem Parteitage der Deutschen Volkspartei in Köln hielt der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine bedeuten- same Rede über die deutsche Wirtschaftspolitik. Er führte dabei aus, daß es notwendig sei, Heberziehungen über den Fort- schritt der deutschen Wirtschaft auf das rechte Maß zurück- zuführen. Fortschritte seien gemäß festzustellen, insbesondere auf dem Kapitalmarkt und dem Auslandsmarkt. Hier bis fünf Milliarden fremdes Kapital hatten die deutsche Wirtschaft be- fruchtet. Es sei aber auch aus eigener Kraft (insolge erhöhter Ausbeutung der Arbeiter und durch Senkung ihres Lebens- standes) Kapital gesammelt worden. Durch Knappung aller Kräfte lie und auf dem Auslandsmarkt stetig Terrain gewonnen worden, aber der Außenhandel werde immerhin im Jahre 1928 im höchsten Maße nur zwei Drittel des Friedens- umfanges erreichen. Innere Schwäche und die Zollmauern des Auslandes würden noch für lange Zeit die Erreichung des Fried- ensstandes verhindern. Deutschland habe zurzeit 1,5 Millionen unterkühlte Erwerbslose und mehr als 8 Mil- lionen seien in Not. Es sei sehr fraglich, ob noch weitere Kredite zur Verfügung gestellt würden. Deutschland sei noch immer Reliquatland unter den Reparationslosen, und

die nötige Wiedergewinnung der Wirtschaft sei noch ganz ungewiß.

Der Finanzansatz und die Verwaltungsreform müssten nach den unumgänglichen Darlegungen des Finanzministers noch zurückgestellt werden. Alle Steuern müßten an die Wirtschaft (d. h. den Interessen der Kapitalisten) angepaßt und in ein lädenloses System unter Senkung der Steuerhöhen gebracht werden. Die historisch gegebene Dezentralisation lasse sich auf die Dauer nicht mehr halten, jedenfalls nicht für die Wirtschaft, die einheitlich in Deutschland betrieben werden müsse. Die Arbeitslosigkeit sei die Folge weitreichender Strukturveränderungen der Weltwirtschaft und der innerdeutschen Wirtschaft, und keine s w e g s nur eine vorübergehende Konjunktursolge.

Die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Curtius unterstreichen noch einmal die furchtbare Lage der deutschen Wirtschaft. Eine Besserung ist auf absehbare Zeit nicht zu er- warten. Steuererleichterungen für die Bestehenden und ver- schärfte Ausbeutung der Arbeiter, das ist das Programm, mit dem Curtius glaubt aus der furchtbaren Krise herauszukommen.

## Der Reichswehrprinz

Der „Montag-Morgen" bringt eine Notiz, wonach die sozial- demokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, den Reichswehr- minister zu interpellieren wegen der Einstellung des Prinzen Wilhelm von Preußen in die Reichswehr.

Gescher hat bekanntlich die Meldung vom Eintritt des Prinzen Wilhelm von Preußen in die Reichswehr zuerst demen- tieren und als leere Phantasie erklären lassen. Zunächst hat sich aber die Behauptung vom Eintritt dieses Monarchen in die „republikanische Reichswehr" voll bekätigt. Gescher ist inzwischen still geworden, und es wird vermutet, daß er auch im Reichstage, da er in dieser Affäre schwer kompromittiert ist, nicht persönlich Rede und Antwort geben wird. Wahr- scheinlich dürfte mit der Beantwortung der Interpellation eine untergeordnete Stelle beauftragt werden.

## Ehrhardt in Chemnitz

Kölnische Pleite, wichtige Gegen demonstration der SPD, blutige Zusammenstöße.

Chemnitz, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Justizdemonstration in Chemnitz war, trotzdem die gesamten vaterländischen Verbände Sachsens und über Sachsen hinaus dazu aufgerufen hatten, ein Miß- und Nahezu 4000 Mann demonstrieren. Die politische Bedeutung dieser Justizdemon- stration gibt die Tatsache zu erkennen, daß die gestrige Demon- stration die erste große Justizdemonstration in Chemnitz war. Man wollte Freisich in das rote Chemnitz schlagen. Um diese Bedeutung noch zu unterstreichen, waren die Anführer der Gemein- de Ehrhardt und Hochsch selbst anwesend. Die SPD und der KPD hatten aus diesem Grunde zur Gegen demonstration aufgerufen. Circa 15.000 Mann marschierten auf. Die SPD, die von uns ebenfalls aufgerufen war, hatte es abgelehnt, mit uns zu demonstrieren. Nichtbedeutender nahmen viele sozial- demokratische Arbeiter an der Demonstration teil. Während und nach der Demonstration kam es zu zahlreichen blutigen Zusam- menstößen zwischen Arbeitern und Justizisten, wobei die Polizei stets zugunsten der Justizisten eingriff. Auf beiden Seiten gab es Verletzte.

## Die Kommunisten fordern Zusammentritt des Reichstags-Untersuchungs-Ausschusses

Wegen der Verbindlichkeitsklärung der Hamburger Schiedsgerichts gegen die Hafenarbeiter und wegen der übrigen ähnlichen Verbindlichkeitsklärungen in der letzten Zeit durch den Reichsarbeitsminister Brauns hat die kommunistische Reichstagsfraktion bei dem Vorsitzenden des Reichstags-Untersuchungs-Ausschusses, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Alfred Henke, den sofortigen Zusammentritt des Unter- suchungsausschusses gefordert.

Die Kommunisten verlangen in diesem Schreiben ferner, daß im Untersuchungsausschuss zu dem Verhalten des Reichsarbeits- ministers gegenüber den Erwerbslosen Stellung genommen wird. Schließlich verlangt die kommunistische Reichstagsfraktion das Verhalten der Reichsregierung in der Fürtzentrage als weiteren Beratungsgegenstand.

## Interpellation Stöcker, Thälmann und Genossen

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat in der letzten Zeit wieder eine Reihe von Schiedsprüchen für verbindlich er- klärt, deren arbeitserfüllender Charakter die größte Erregung in den Reihen der Arbeiter, Angestellten und Beamten hervor- gerufen hat.

Durch die Verbindlichkeitsklärung der Hamburger Schieds- sprüche hat der Arbeitsminister dem Hamburger Hafenarbeitern die seit langem geforderte, durchaus berechtigte Lohnherabsetzung

## Achtung! Kolportiere, Zeitungsoblene!

In der Woche vom 4. bis 10. Oktober finden in folgenden Unterbezirken Kolportierkonferenzen statt:

- WS Meßen: Montag, 4. Oktober, abends 7 Uhr in Goswig, „Dresdner Hof".
- WS Pirna: Dienstag, 5. Oktober, abends 7 Uhr im Volkshaus.
- WS Freiberg: Mittwoch, 6. Oktober, abends 7 Uhr in der „Lokomotive".
- WS Dresden: Donnerstag, 7. Oktober, abends 7 Uhr „Stadt Braunschweig".
- WS Freital: Freitag, 8. Oktober, abends 7 Uhr im „Döhlemer Hof".
- WS Bayreuth und Bischofsberga: Sonnabend, 9. Oktober, abends 7 Uhr in Bayreuth im Gewerkschaftshaus.
- WS Jitzau und Ebersbach: Sonntag, vormittags 10 Uhr in Neu- gersdorf, Köhlersaal.

Weitere schriftliche Einladungen ergehen nicht mehr.

In diesen Konferenzen sind die Vol- und Organe ebenfalls eingeladen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Verlag.

durch abgelehnt und der Hafenarbeiterschaft weiter den Reu- stundtag aufgedrückt. Die Schiedsprüche des Arbeitsmini- steriums in der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie, dem Ruhr- gebiet, dem Braunkohlentager der letzten Zeit zeigen dieselbe Tendenz, den Willen der Industriellen und Unternehmer auf weitere Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeitermassen und weitere Steigerung der Profite (Nationalisierung) durch- zudrücken.

St die Regierung bereit, sich vor dem Reichstag wegen dieser arbeitserfüllenden Haltung sofort zu verteidigen und den Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum Geltung zu verschaffen?

## Die Resultate des Steuerraubes

Berlin, 1. Oktober. (Telefon.) Nach einer Aufstellung des Reichsfinanzministeriums beliefen sich im Monat August im ordentlichen Haushalt die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben auf 631,4 Millionen Reichsmark, die Verwaltungseinnahmen auf 31 Millionen Reichsmark, die Gesamteinnahmen somit auf 662,4 Millionen Reichsmark, gegenüber 746,8 Millionen Reichsmark im Monat Juli 1926. Die Ausgaben bei der allge- meinen Reichsverwaltung stellten sich auf 314,6 Millionen Reichsmark, an Reparationszahlungen auf 26,5 Millionen Reichsmark, an Steuerüberweisungen auf 205,2 Millionen Reichsmark, die Gesamtausgaben demnach auf 546,3 Millionen Reichsmark gegenüber 646,5 Millionen Reichsmark im Bormo- nat. Für den Monat August ergibt sich infolgedessen für den ordentlichen Haushalt ein fastenmäßiger Ueberschuß von 136,1 Millionen Reichsmark gegenüber nur 102,3 Millionen Reichs- mark im Monat Juli.

## Zubusepidemie im bolschischen Korridor

Warschau, 3. Oktober. Nach Meldungen aus Töörn ist im polnischen Korridor eine Zubusepidemie ausgebrochen. Im Königer Kreis sind gestern 44 Zubuseinfälle festgestellt worden. Die Behörden haben alle Maßnahmen getroffen, um ein Uebergreifen der Epidemie auf deutsches bzw. Danziger Ge- biet zu verhindern.

## Die Lage in China

Bereinigung der Nationalarmee mit den Kantontuppen. Moskau, 2. Oktober. Das derzeit in Moskau weilende Mitglied des Politischen Bureaus der Kuomintangpartei, Schaoßi, erklärte in einem Interview:

Schon in den allerersten Tagen kann die Bereinigung der Nationalarmee, die über Hankau nach Kiangsi vorrückt, mit den Kantontuppen erfolgen. Dies wird die am die Befreiung Chinas kämpfenden Armeen erheblich festigen und moralisch er- mutigen.

Das am 1. Oktober zusammentretende Erste Erweiterte Plenum der Exekutive der Kuomintang, gemeinsam mit Ver- tretern des eingenommenen Gebietes, wird die Frage der Biqui- dierung der gegenrevolutionären Truppen, die sich nach der Niederlage über das Land zerstreut hatten, sowie die Frage der Durchführung der Wirtschaftspolitik der Kuomintang in den eingenommenen Gebieten behandeln. Die Mitglieder der Kuomintang-Exekutive und die Führer der örtlichen Organi- sationen gehören größtenteils dem linken Flügel der Kuoming- tang an. Dies verhängt, daß das Plenum keine Aufgaben im Sinne des Vermächtnisses Sunjatsens, sowie im Geiste der Beschlüsse des Ersten Kuomintang-Kongresses wird lösen können.

Die Lage der Kantontuppen im Kampfe gegen Sun- tshuanlang wird dadurch erleichtert, daß Sunshuanlang's Arme von Großbritanien mit Waffen und Geldmitteln feilschig unterstützt wird und deshalb in einer besseren Lage ist, als die Kantontuppen.

Die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Sunshuanlang und Tshangschin hängt vollkommen vom Ausgange der nächsten Kampfe ab. Tshangschin wird den härteren Teil unterstützen. Die Kantouregierung wird sich zuerst auf einen Konflikt mit Tshangschin nicht einlassen. Die nationale Regierung von Kanton strebt die Festigung der eroberten Stellung, sowie die Möglichkeit an, der wertvollen Bevölkerung von Nordchina wenigstens eine beschränkte Ruhepause zu verschaffen. Sollte sich Tshangschin zum Kampfe entschließen, so wäre Kanton kampfbereit.

Ueber eine etwaige Intervention der imperialistischen Staaten in China befragt, erklärte Schaoßi:

Eine Intervention kann nur von Seiten Großbritanniens erfolgen. Die Vereinigten Staaten und Japan legen gegen- über militärischen Interventionen größere Vorbehalt an den Tag. Nur die konservative Regierung Großbritanniens heßt noch ihre Privilegien in China mit bewaffneter Faust zu retten.

## Steigert die Werbung!

Werft gelesene Nummern der „Arbeiterstimme" nicht fort, sondern gebt sie zur Gewinnung neuer Kämpfer für den Kommunismus an eure Kollegen und Kolleginnen weiter. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, täglich für die „Arbeiterstimme" zu werden.